

**Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen
Analyse des Rechts**

Band 39

**Die Besteuerung von
Anleger-Kommanditgesellschaften**

**Zugleich ein Grundlagenbeitrag
zum dualistischen System des Gesellschafts-,
Bilanz- und Steuerrechts**

Von

Torsten Maurer



Duncker & Humblot · Berlin

TORSTEN MAURER

Die Besteuerung von Anleger-Kommanditgesellschaften

Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen Analyse des Rechts

herausgegeben von

Heinz Grosseckler, Münster · Bernhard Großfeld, Münster
Klaus J. Hopt, Hamburg · Christian Kirchner, Berlin
Dieter Rückle, Trier · Reinhard H. Schmidt, Frankfurt/Main

Band 39

Die Besteuerung von Anleger-Kommanditgesellschaften

Zugleich ein Grundlagenbeitrag
zum dualistischen System des Gesellschafts-,
Bilanz- und Steuerrechts

Von
Torsten Maurer



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Maurer, Torsten:

Die Besteuerung von Anleger-Kommanditgesellschaften : zugleich ein Grundlagenbeitrag zum dualistischen System des Gesellschafts-, Bilanz- und Steuerrechts / von Torsten Maurer. – Berlin : Duncker und Humblot, 1999

(Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen Analyse des Rechts ; Bd. 39)

Zugl.: Hohenheim, Univ., Diss., 1997

ISBN 3-428-09528-6

D 100

Alle Rechte vorbehalten

© 1999 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0935-5065

ISBN 3-428-09528-6

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 

Meinen Eltern

Geleitwort

Anleger-Kommanditgesellschaften sind atypisch verformte Personengesellschaften mit körperschaftlich/kapitalistischen Strukturelementen. Es handelt sich dabei um eine eigenständige Gruppe von teils gesetzlich ausgeformten, teils von der Kautelarpraxis mit richterrechtlicher Begleitung entwickelten Gesellschaften.

Die sachgerechte Besteuerung der Anleger-Kommanditgesellschaften bereitet der Wissenschaft und Praxis erhebliche Schwierigkeiten. Die Schwierigkeiten beruhen auf dem grundlegenden Dualismus im Steuerrecht, der zwischen individueller mitunternehmerischer Besteuerung und institutionaler körperschaftlicher Besteuerung unterscheidet. In diesen Dualismus lassen sich die Anleger-Kommanditgesellschaften mit ihren atypischen körperschaftlichen/kapitalistischen Strukturelementen nur schwer einordnen. Die Schwierigkeiten der Besteuerung könnten durch die Aufgabe des steuerlichen Dualismus zugunsten eines einheitlichen Unternehmenssteuerrechts gelöst werden, welches systematisch nicht zwischen Mitunternehmergemeinschaften und Körperschaften unterscheidet. Entsprechende Überlegungen werden bereits seit langem in Form von sogenannten Teilhabersteuermodellen und Betriebsteuermodellen angestellt. Diese Ansätze haben durch die jüngsten Reformpläne der Bundesregierung für die Unternehmensbesteuerung wieder an Aktualität gewonnen. Danach soll die Besteuerung von unternehmenstragenden Gesellschaften rechtsformunabhängig erfolgen. Die vorliegende Arbeit zeigt, daß diese Überlegungen in die falsche Richtung gehen. Das dualistische System des Unternehmenssteuerrechts wird der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit besser gerecht als alle einheitlichen Besteuerungssysteme. Man kann dadurch die bei Personen- und Kapitalgesellschaften unterschiedlichen Dispositionsbefugnisse der Gesellschafter über Ertrag und Vermögen der Gesellschaft steuerlich sachgerecht erfassen.

Grundlage der Untersuchung ist eine gesellschaftsrechtliche Analyse der den Gesellschaftern zustehenden Verfügungsrechte bei den einzelnen Rechtsformgruppen. Die unterschiedliche Ausgestaltung der Verfügungsrechte spiegelt unterschiedliche Organisationsbedürfnisse der Praxis wider. Körperschaftliche und kapitalistische Strukturelemente mit der Folge der Mediatisierung der Verfügungsrechte sind rechtlich dort notwendig, wo eine große Zahl von Gesellschaftern über den organisierten oder nicht organisierten Kapitalmarkt zur Verbreiterung der Kapitalbasis gewonnen und/oder eine Haftungsbeschränkung

erreicht werden soll. Personalistische Strukturelemente mit unmittelbarer individueller Beteiligung sind demgegenüber der geeignete Organisationsrahmen für kleine Gruppen unternehmerisch handelnder Individuen. Es sind also die Organisationsbedürfnisse der Wirtschaftspraxis, die den gesellschaftsrechtlichen Dualismus bedingen. Wenn der gesellschaftsrechtliche Dualismus mit prinzipiell unterschiedlich ausgestalteten Verfügungsrechten aus ökonomischen Gründen heraus rechtlich notwendig ist, muß bei einer auf die Leistungsfähigkeit abstellenden Besteuerung auch der steuerliche Dualismus aufrechterhalten bleiben, weil unterschiedliche Verfügungsbefugnisse eine unterschiedliche Leistungsfähigkeit begründen.

Die Arbeit zeigt ferner, daß es entgegen verbreiteter Ansicht durchaus möglich ist, körperschaftlich/kapitalistisch verformte Anleger-Kommanditgesellschaften jeder Art in das bestehende dualistische Besteuerungssystem sachgerecht zu integrieren. Die Anleger-Kommanditgesellschaften weisen wegen ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen Funktionen im einzelnen große organisatorische Unterschiede auf, folgen aber gleichwohl einem allgemeinen einheitlichen Organisationsmuster. Die Anleger müssen dabei aus gesellschaftsrechtlichen Gründen einen Innen-Verband der Eigenkapitalgeber bilden. Dieser Verband ist zwar bei den einzelnen Formen der Anleger-Kommanditgesellschaften unterschiedlich stark verfestigt, er mediatisiert aber jeweils in steuererheblicher Weise die Verfügungsrechte der Anleger. Es kommt daher in bezug auf die Anleger nur eine körperschaftliche Besteuerung in Frage. Bei den Alt-Gesellschaftern, die unternehmerisch beteiligt sind, verbleibt es dagegen bei der mitunternehmerschaftlichen Besteuerung. Diese Art der Besteuerung trägt dem Umstand Rechnung, daß Anleger-Kommanditgesellschaften teil-publikumsoffene Gesellschaften mit einer (nur) partiell körperschaftlichen/kapitalistischen Organisationsverfassung sind.

Die Arbeit untersucht für fünf verschiedene Formen von Anleger-Kommanditgesellschaften die konkrete Ausgestaltung der Verfügungsrechte. Darauf aufbauend werden die bilanz- und steuerrechtlichen Folgeprobleme behandelt. Dabei wird eine Fülle von gesellschafts-, bilanz- und steuerrechtlichen Streitfragen gelöst. Die Arbeit bietet der Wissenschaft eine systematische Grundkonzeption und der Praxis konkrete Lösungshinweise für die ökonomisch sinnvolle und rechtlich mögliche Ausgestaltung der Beteiligungen bei teil-publikums-offenen Anleger-Kommanditgesellschaften.

Hohenheim, im Juni 1999

Prof. Dr. Lothar Vollmer

Vorwort

Die vorliegende Arbeit hat der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hohenheim im Sommersemester 1997 als Dissertation vorgelegen. Für die Untersuchung wesentliche Literatur und Rechtsprechung ist bis Ende 1998 berücksichtigt worden; das im März 1999 verabschiedete Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 konnte dagegen nicht mehr eingearbeitet werden.

Mein ganz besonderer Dank gilt meinem verehrten Doktorvater, Herrn Prof. Dr. *Lothar Vollmer*, der die Untersuchung nicht nur angeregt und gefördert, sondern auch stets kritisch und aufmunternd zugleich begleitet hat. Danken möchte ich ihm vor allem aber für die intensive akademische Erziehung, die ich von ihm erfahren habe. Danken möchte ich Herrn Prof. Dr. *Peter Bareis* nicht nur für die Übernahme des Koreferats, sondern auch für viele kritische Diskussionen.

Die Beschäftigung mit dem Thema wurde durch die Diskussionsbereitschaft der Kollegen des Instituts für Rechtswissenschaft an der Universität Hohenheim erleichtert. Hervorheben möchte ich Herrn Assessor *Olaf Gierke*, der die Endfassung der Arbeit kritisch durchgesehen hat.

Ganz wesentlich zum Gelingen der Arbeit hat Frau *Sabine Weber* beigetragen, die mit Ruhe und Schnelligkeit zugleich die verschiedensten Fassungen der Manuskripte erstellt und überarbeitet hat. Dafür gebührt ihr mein aufrichtiger Dank.

Meine Eltern und meine Freundin haben die Arbeit stets mitgetragen. Dies ist Voraussetzung für das Durchhalten auch in schwierigen Phasen. Dafür danke ich ihnen herzlich.

Den Herausgebern der Schriftenreihe und dem Verlag danke ich für die Aufnahme in die „Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen Analyse des Rechts“.

Hohenheim, im Juni 1999

Torsten Maurer

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	29
<i>1. Teil</i>	
Die Besteuerung von Anleger-Kommanditgesellschaften im dualistischen System des Steuerrechts	32
<i>1. Kapitel</i>	
Das dualistische System des Gesellschafts-, Bilanz- und Steuerrechts	33
A. Die systemprägende Grundstruktur	33
I. Das Gesellschafts- und Bilanzrecht	34
1. Das Gesellschaftsrecht	34
a) Allgemeines Gesellschaftsrecht	34
aa) Personengesellschaften	34
bb) Kapitalgesellschaften	36
b) Umwandlungsrecht	38
aa) Historische Konzeption	38
bb) Tragende Prinzipien	39
2. Das Bilanzrecht	40
a) Personengesellschaften	41
aa) Personengesellschaften als Bilanzierungssubjekt	41
bb) Personengesellschaften als Bilanzierungsobjekt	42
b) Kapitalgesellschaften	44
aa) Kapitalgesellschaften als Bilanzierungssubjekt	44
bb) Kapitalgesellschaften als Bilanzierungsobjekt	45
II. Das Steuerrecht	46
1. Das allgemeine Steuerrecht	46
a) Ertragsteuerrecht	47
aa) Mitunternehmensschaften	47
bb) Körperschaften	48
b) Substanzsteuerrecht	49
aa) Mitunternehmensschaften	49
bb) Körperschaften	50
2. Das Umwandlungssteuerrecht	50
a) Grundlagen	50

b) Folgerungen	52
aa) Umwandlung einer Mitunternehmer(gemein)schaft auf eine Körperschaft	52
bb) Umwandlung einer Körperschaft auf eine Mitunternehmerschaft ..	53
III. Zwischenergebnis	54
B. Die Reformbestrebungen	54
I. Die Reformbestrebungen im Gesellschaftsrecht	55
1. Die Bestrebungen im allgemeinen Gesellschaftsrecht	55
a) Verselbständigung der Personengesellschaft zur Organisationseinheit?	55
aa) Organisationsrechtliche Verselbständigung	56
bb) Vermögensrechtliche Folgerung	56
b) Umwandlung der Kapitalgesellschaft zu personalistischen Verbänden?	57
aa) Unmittelbare Gewinnverwendungskompetenz	57
bb) Organisationsrechtliche Folgerung	58
2. Die Bestrebungen im Umwandlungsrecht	58
a) Kontinuität oder Identität der Rechtsträger?	59
b) Gläubiger- und Anlegerschutz	60
II. Die Reformbestrebungen im Steuerrecht	61
1. Die Teilhabersteuer als echte Anteilseignerbesteuerung	62
a) Konzeption	62
aa) Grundlagen	62
bb) Folgerungen	63
b) Begründung	63
aa) Leistungsfähigkeitsprinzip	63
bb) Prinzip der Wettbewerbsneutralität	64
2. Die Betriebsteuer als echte Unternehmenssteuer	64
a) Konzeption	65
aa) Grundlagen	65
bb) Folgerungen	65
b) Begründung	66
aa) Prinzip der Wettbewerbsneutralität	66
bb) Leistungsfähigkeitsprinzip	66
3. Das Umwandlungssteuerrecht	67
a) Steuerneutralität wegen Identität	67
b) Technische Erleichterung der Umwandlungsbesteuerung	68
aa) Ertragsteuerliche Buchwertfortführung	68
bb) Grunderwerbsteuerlicher Übertragungstatbestand	69
III. Zwischenergebnis	70
C. Die eigene Position	70
I. Die Bedeutung der Grundprinzipien	71
1. Das Leistungsfähigkeitsprinzip	72

a) Prinzipielle Bedeutung	72
b) Maßgebender Indikator	73
aa) Konsum als Indikator	73
bb) Einkommen als Indikator	74
cc) Maßgeblicher Einkommensbegriff	74
2. Das Prinzip der Wettbewerbsneutralität	75
a) Prinzipielle Bedeutung	75
b) Bedeutung für die Betriebsteuer-Modelle	76
c) Bedeutung für die Teilhabersteuer-Modelle	76
3. Das Prinzip der Entscheidungsneutralität	77
a) Prinzipielle Bedeutung	77
b) Maßgebende Zielgröße	77
c) Bedeutung für eine rechtsformneutrale Besteuerung	78
II. Folgerungen für die Besteuerung von Gesellschaften	79
1. Die Bedeutung des gesellschaftsrechtlichen Dualismus für das Gesellschaftssteuerrecht	79
a) Leistungsfähigkeit der Anteilseigner bei Kapitalgesellschaften	79
aa) AG	80
(1) Verteilung der Dispositionsbefugnisse	80
(2) Folgerungen für die Leistungsfähigkeit	81
bb) GmbH	83
(1) Verteilung der Dispositionsbefugnisse	84
(2) Folgerungen für die Leistungsfähigkeit	85
cc) Zwischenergebnis	86
b) Leistungsfähigkeit der Gesellschafter bei Personengesellschaften	87
aa) OHG	87
(1) Verteilung der Dispositionsbefugnisse	87
(2) Folgerungen für die Leistungsfähigkeit	88
bb) KG	89
(1) Verteilung der Dispositionsbefugnisse	89
(2) Folgerungen für die Leistungsfähigkeit	90
cc) Zwischenergebnis	91
c) Ergebnis	92
2. Die Aufhebung des gesellschaftsrechtlichen Dualismus	92
a) Kapitalgesellschaften	92
aa) AG	93
bb) GmbH	95
b) Personengesellschaften	97
aa) OHG	97
bb) KG	99
c) Ergebnis	100

2. Kapitel		
Die Besteuerung der Anleger-KG		101
A. Der Lösungsansatz		101
I. Die bisherigen Lösungsansätze		102
1. Die Besteuerung der Anleger-KG als Körperschaft		102
a) Totalverformungen von Kapitalgesellschaften?		103
aa) Gesellschaftsrechtliche Hindernisse		103
bb) Steuerliche Folgerung		104
b) Totalverformungen von Personengesellschaften?		104
aa) Gesellschaftsrechtliche Hindernisse		104
bb) Steuerliche Folgerung		105
2. Die Besteuerung der Anleger als Bezieher von sonstigen Einkünften		106
a) Einkünfte der Anleger als Kapitaleinkünfte		106
aa) Grundlagen		106
bb) Kritik		107
b) Einkünfte der Anleger als sonstige Einkünfte		109
aa) Grundlagen		109
bb) Kritik		109
II. Der sachgerechte Lösungsansatz		110
1. Die Besteuerung der Kommanditisten als Kapitalanleger		110
a) Besteuerung aller Kommanditisten als Kapitalanleger		111
aa) Konzeption		111
bb) Kritik		111
b) Vertragsneutrale Besteuerung		112
aa) Konzeption		113
bb) Kritik		113
2. Die Besteuerung der Gesamtheit der Kommanditisten als Verband		114
a) Eigener Lösungsansatz		114
b) Steuerliche Folgen bei verbandsmäßiger KG-Beteiligung		115
aa) Innen-Verband als Mitunternehmer		115
bb) Kommanditisten als Kapitalanleger		115
B. Die Abgrenzungsprobleme und Abgrenzungskriterien		116
I. Die Abgrenzungsprobleme		117
1. Die Zurechnung der Einkünfte bei kapitalgesellschaftsrechtlicher Beteiligung		117
a) Beteiligung über eine AG oder GmbH		117
b) Beteiligung an einer KGaA oder an einer KGmaGS		118
2. Die Zurechnung der Einkünfte bei körperschaftlicher Beteiligung		119
a) Beteiligung über einen rechtsfähigen oder nichtrechtsfähigen Außen-Verband		119
aa) Beteiligung über einen "rechtsfähigen Verein"		119

bb) Beteiligung über einen "nichtrechtsfähigen Verein"	120
b) Beteiligung über einen nichtrechtsfähigen Innen-Verband	121
aa) Kollektivierung bei individuellem Einlageverhältnis	121
bb) Kollektivierung bei gesamthänderischer Vermögensbeteiligung ...	122
cc) Folgerungen	123
II. Die Abgrenzungskriterien	123
1. Die allgemeinen Kriterien für mitunternehmerische oder körperschaftliche Beteiligung	123
a) Mitunternehmerische Beteiligung	124
aa) Mitunternehmer als Typus-Begriff	124
bb) Mitunternehmer-Initiative	125
cc) Mitunternehmer-Risiko	125
dd) Zusammenfassung	126
b) Körperschaftliche Beteiligung	126
2. Die konkreten Kriterien für beteiligungsvermittelnde Innen-Verbände ...	127
a) Funktionen der Kollektivierung von Dispositionsbefugnissen	127
aa) Funktionsfähigkeit der Geschäftsführung	128
bb) Mindestschutz der Anleger	129
b) Formen der Kollektivierung von Dispositionsbefugnissen	131
aa) Institutionalisierung der Gesellschafterversammlungen	131
bb) Einführung des Mehrheitsprinzips	132
cc) Einführung einer Kommanditistenvertretung	133
dd) Verlagerung der Dispositionsbefugnisse auf ein Gruppenorgan	134
ee) Verlagerung der Dispositionsbefugnisse auf ein Gesellschaftsorgan	137
ff) Verlagerung der Dispositionsbefugnisse auf Treuhand-Kommanditisten	138
gg) Zwischenergebnis	139
C. Ergebnis des 1. Teils	140

2. Teil

Die Besteuerung der Kommanditgesellschaften mit kapitalgesellschaftsrechtlicher Anlegerbeteiligung	142
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

3. Kapitel

Die Kommanditgesellschaft auf Aktien	144
---------------------------------------------	-----

A. Die gesellschaftsrechtliche Organisationsstruktur der KGaA	145
I. Die kapitalgesellschaftsrechtliche Beteiligung der Kommanditaktionäre	147
1. Die Beteiligung der einzelnen Kommanditaktionäre	147
2. Das Verhältnis der Kommanditaktionäre untereinander	148
II. Die personengesellschaftsrechtliche Beteiligung der Komplementäre	149
1. Die Beteiligung der einzelnen Komplementäre in der KGaA	149

2. Die Beteiligung der einzelnen Komplementäre untereinander	149
III. Das Verhältnis der Komplementäre zu den Kommanditaktionären und ihr Verhältnis zur KGaA	150
1. Die KGaA als Einheits- oder Doppelgesellschaft?	151
a) KGaA als Doppelgesellschaft	151
b) KGaA als Einheitsgesellschaft	151
2. Die Bewertung und Folgerungen	152
a) Grundlagen der Vermögenszuordnung	152
b) Folgerungen der Vermögenszuordnung	153
aa) Organisationsrechtliche Mitwirkungsrechte der Beteiligten	153
bb) Vermögensrechtliche Teilhaberechte der Beteiligten	153
c) Funktion des Aufsichtsrats	154
aa) Aufsichtsrat als Gruppenorgan	155
bb) Aufsichtsrat als Gesellschaftsorgan	155
cc) Zwischenergebnis	157
IV. Zusammenfassung	158
B. Die bilanzrechtliche Behandlung der KGaA	158
I. Die KGaA als Subjekt der Bilanzierung	158
1. Die externe Rechnungslegung	159
a) Bilanzgliederung	159
b) Bewertung und Prüfung	160
2. Die interne Rechnungslegung	160
a) Dualistische oder monistische Gewinnermittlung	161
b) Folgen der dualistischen Gewinnermittlung	162
aa) Komplementäre und aktienrechtlicher Verlustvortrag	162
bb) Komplementäre und Pflichtrücklage	163
cc) Bewertung	164
II. Die KGaA als Objekt der Bilanzierung	164
1. Die Beteiligung als persönlich haftender Gesellschafter	165
2. Die Beteiligung als Kommanditaktionär	166
a) Grundlagen der Bilanzierung	166
b) Kommanditaktien als "Beteiligung"	167
aa) Grundlagen	168
bb) Einheits- oder Doppelbetrachtung	168
III. Zusammenfassung	169
C. Die steuerliche Behandlung der KGaA	170
I. Die Besteuerung der KGaA	170
1. Die Ertragsteuern	171
a) Körperschaftsteuer	171
aa) Sachliche Reichweite des Abzugs nach § 9 I Nr. 1 KStG	172
bb) Verdeckte Gewinnausschüttung bei der KGaA	173

b) Gewerbeertragsteuer	175
aa) Verdeckte Gewinnausschüttung	175
bb) Gewerbesteuerliche Doppelbelastung	177
2. Die Feststellung der Einkünfte	177
a) KGaA als Einheitsgesellschaft	178
b) KGaA als Doppelgesellschaft	178
3. Zwischenergebnis	179
II. Die Besteuerung der Komplementäre	180
1. Die Einkommensteuer	180
a) Mitunternehmerstellung der Komplementäre	180
b) Sonderbetriebsvermögen der Komplementäre	181
c) Ermittlung der Einkünfte	182
2. Die Gewerbeertragsteuer	183
III. Die Ertragsbesteuerung der Kommanditaktionäre	183
1. Die Qualifikation der Einkünfte	184
2. Die Veräußerung einer wesentlichen Beteiligung	184
IV. Zusammenfassung	185

4. Kapitel

Die Kommanditgesellschaft mit aktienähnlichem Genußscheinkapital (KGmaGS) 187

A. Die gesellschaftsrechtliche Organisationsstruktur der KGmaGS	188
I. Die "kapitalgesellschaftsrechtliche" Beteiligung der Genußberechtigten	189
1. Die Genußscheininhaber als Eigenkapitalgeber	189
a) Beteiligung durch Genußscheine als Eigenkapitalgeber an einer Kapitalgesellschaft	189
aa) Obligationsähnliche Genußscheine	190
bb) Aktienähnliche Genußscheine	191
b) Beteiligung durch Genußscheine als Eigenkapitalgeber an einer KG ..	191
aa) Gesellschaftsrechtliche Zulässigkeit	192
bb) Gesellschaftsrechtliche Anforderungen	192
(1) Materieller Eigenkapitalbegriff	193
(2) Konkrete Anforderungen	193
2. Die Beziehungen der Genußberechtigten untereinander	194
a) Einlagen- und Organisationsverhältnis	195
b) Kollektives Organisationsverhältnis	196
c) Konkrete Ausgestaltung	198
II. Die personengesellschaftsrechtliche Beteiligung der Alt-Gesellschafter	199
1. Die Beteiligung der einzelnen Alt-Gesellschafter	199
2. Die Standardisierung der Beteiligung	199
III. Das Verhältnis der Personengesellschafter und der Genußberechtigten zueinander	200

1. Die Grundlagen des Verbandsverhältnisses	200
a) Inhaltskontrolle des Vertragswerks	200
aa) Schuldrechtlicher Maßstab	201
bb) Gesellschaftsrechtlicher Maßstab	202
b) Verbandsähnliches Verhältnis	203
2. Der kollektive Schutz vor Vermögensbeeinträchtigungen	203
a) Schutz bei unmittelbarer Beeinträchtigung	204
aa) Beeinträchtigungen durch Gewinnverkürzung	204
bb) Beeinträchtigungen durch Geschäftsführungsmaßnahmen	205
b) Schutz bei mittelbarer Beeinträchtigung	206
aa) Festlegung der Kapitalverhältnisse	206
bb) Schutzmechanismen	207
IV. Zusammenfassung	208
B. Die bilanzrechtliche Behandlung der KGmaGS	209
I. Die KGmaGS als Subjekt der Bilanzierung	209
1. Die Anleger-KG als große Kapitalgesellschaft	209
2. Die Bilanzierung des Genußschein-Kapitals	211
a) Bilanzierung des Eigenkapitals	211
b) Konkretisierung des Bilanzpostens	212
c) Bilanzierung der Ausschüttungen	213
3. Die Bilanzierung des personengesellschaftsrechtlichen Eigenkapitals	214
II. Die Beteiligung an einer KGmaGS als Bilanzierungsobjekt	215
1. Die Beteiligung der Gesellschafter	215
2. Die Beteiligung als Genußrechtsinhaber	216
a) Genußrechte als Anteile	216
b) Genußrechte als Beteiligung	217
aa) Grundlagen	217
bb) Beteiligungsvermutung	218
III. Zusammenfassung	219
C. Die steuerliche Behandlung der KGmaGS	219
I. Die Besteuerung der KGmaGS	220
1. Die Besteuerung einer KapGmaGS	220
a) Gesellschaftsebene	220
aa) Obligationsähnliche und aktienähnliche Genußscheine	221
bb) Entstehungsgeschichte des § 8 III 2 KStG	221
cc) Folgerungen für aktienähnliche Genußscheine	222
b) Beteiligtebene	223
aa) Obligationsähnliche Genußscheine	223
bb) Aktienähnliche Genußscheine	223
cc) Kapitalertragsteuer	224
c) Zusammenfassung	224

2. Die Besteuerung einer PersGmaGS	225
II. Die Besteuerung der Genußberechtigten	225
1. Die bisherigen Lösungsansätze	226
a) Einzelne Genußberechtigte als Mitunternehmer?	226
b) Genußberechtigte als Fremdkapitalgeber?	227
2. Der sachgerechte Lösungsansatz	229
a) Gesamtheit der Genußberechtigten als Mitunternehmer	229
aa) Genußberechtigte als steuerrelevanter "Innen-Verband"	229
bb) "Innen-Verband" als Mitunternehmer	231
(1) Anleger-Kollektiv als Gesellschafter	231
(2) Mitunternehmer-Risiko	232
(3) Mitunternehmer-Initiative	232
b) Genußberechtigte als Kapitalanleger	234
aa) Grundlagen	234
bb) Folgerungen	235
(1) Anrechnungsverfahren	235
(2) Veräußerungsgewinn	236
(3) Sonderbetriebsvermögen	237
(4) Gewerbeertragsteuer	238
III. Zusammenfassung	239
D. Ergebnis des 2. Teils	240

3. Teil

**Die Besteuerung der Kommanditgesellschaften mit
personengesellschaftsrechtlicher Anlegerbeteiligung** 242

5. Kapitel

Die Massen-Familien-KG 244

A. Die gesellschaftsrechtliche Organisationsstruktur der Massen-Familien-KG	245
I. Die Kollektivierung der Mitwirkungsrechte	247
1. Die Kollektivierung durch Mehrheitsentscheidungen	247
a) Grundsatz des Einstimmigkeitsprinzips	247
b) Reichweite des Bestimmtheitsgrundsatzes	248
2. Die Kollektivierung durch eine Repräsentativverfassung	249
a) Vertreter- oder Organklausel	249
aa) Organklausel	250
bb) Vertreterklausel	251
b) Auswirkungen auf die Dispositionsbefugnisse	251
3. Der Schutz der Familien-Kommanditisten	252
a) Schutz durch individuelle Minderheitenrechte	252
aa) Kernbereichslehre	252
bb) Treuepflichten	253

b) Schutz durch individuelle Austrittsrechte und Abfindungsrechte	254
aa) Grundlagen	254
bb) Außerordentliches Austrittsrecht	255
cc) Ordentliches Kündigungsrecht	255
dd) Austrittsfristen und Abfindungshöhe	256
ee) Zwischenergebnis	257
II. Die Kollektivierung der Vermögensrechte	257
1. Die Innenfinanzierung	258
2. Die Außenfinanzierung	258
III. Zusammenfassung	259
B. Die bilanzrechtliche Behandlung der Massen-Familien-KG	260
I. Die Massen-Familien-KG als Bilanzierungsobjekt	260
1. Die bilanzrechtlichen Grundlagen	261
2. Die Bilanzierung des Gesellschafterwechsels	261
a) Theoretische Grundlagen	262
aa) Traditionelle Gesamthandslehre	262
bb) Neue Gesamthandslehre	263
b) Bilanzielle Folgen	264
aa) Neue Gesamthandslehre	264
bb) Traditionelle Gesamthandslehre	265
c) Zwischenergebnis	265
II. Die Massen-Familien-KG als Bilanzierungsobjekt	266
1. Die Beteiligung als Vermögensgegenstand	266
2. Die Bilanzierung der Beteiligungsergebnisse	267
a) Theoretische Grundlagen	267
aa) Beteiligung an Kapitalgesellschaften	268
bb) Beteiligung an Personengesellschaften	269
b) Bilanzielle Folgerungen	269
aa) Strenge Trennungsmethode	270
bb) Transparenz- bzw. Spiegelbildmethode	271
cc) Geltung für Familien-Kommanditisten	273
c) Zwischenergebnis	273
III. Zusammenfassung	274
C. Die steuerliche Behandlung der Massen-Familien-KG	275
I. Die Besteuerung der Massen-Familien-KG	276
1. Die Rechtsprechung des BFH	276
2. Stellungnahme	277
II. Die Besteuerung der Familien-Gesellschafter	278
1. Die Gesellschafter und Mitunternehmer	278
a) Gesellschafter als Mitunternehmer	279
b) Vorrang des Mitunternehmerbegriffes	279

2. Der Mitunternehmer als Typusbegriff	280
a) Mitunternehmer-Initiative	280
b) Mitunternehmer-Risiko	282
III. Zusammenfassung	283

6. Kapitel

Die Börsen-KG

284

A. Die gesellschaftsrechtliche Organisationsstruktur der Börsen-KG	285
I. Die Zulässigkeit der Börsen-KG	285
1. Die gesellschaftsrechtliche Zulässigkeit	285
2. Die vereinsrechtliche Zulässigkeit	286
3. Die wertpapierrechtliche Zulässigkeit	287
a) Wertpapierrechtliche Zulässigkeit i.w.S.	288
b) Wertpapierrechtliche Zulässigkeit i.e.S.	288
II. Die personengesellschaftsrechtliche Beteiligung der Gesellschafter	289
1. Die Rechtsbeziehungen der Alt-Gesellschafter	290
a) Errichtung von festen Kapitalkonten	290
b) Notwendigkeit eines dreigliedrigen Organisationsaufbaus	290
2. Die Rechtsbeziehungen des Vereins zu den Alt-Gesellschaftern	291
a) Rechte des Vereins in der Gesellschafterversammlung	292
aa) Verteilung der Stimmrechte	292
bb) Verschiebung der Kompetenzen	293
b) Rechte des Vereins bei außergewöhnlichen Geschäftsführungsmaßnahmen	294
c) Überwachungsrechte des Vereins	294
III. Die kollektive Beteiligung der Anleger	295
1. Die Grundlagen der Organisation	295
2. Die Rechte der Anleger in bezug auf die Organisationsmaßnahmen	296
a) Abstimmung von Gesellschafterversammlung und Mitgliederversammlung	296
b) Rückkopplung bei Zustimmung zu außergewöhnlichen Geschäftsführungsmaßnahmen	297
c) Rückkopplung bei grundlegenden Entscheidungen	297
3. Die Rechte der Anleger in bezug auf den Ertrag	298
IV. Zusammenfassung	299
B. Die bilanzrechtliche Behandlung der Börsen-KG	299
I. Die Börsen-KG als Subjekt der Bilanzierung	300
1. Die Bilanzierung der teil-publikumsoffenen KG	300
a) Kapitalgesellschaftsrechtliche Bilanzierung	300
aa) Grundlagen der Einschränkungen	301
bb) Anwendung auf Anleger-KG	301

cc) Anwendung bei mittelbarem Kapitalmarktzugang	302
b) Rechtsformspezifische Erleichterungen	303
2. Die Folgen der kapitalgesellschaftsrechtlichen Bilanzierung	304
a) Ausweis des Eigenkapitals	304
aa) Grundlage des Ausweises	304
bb) Einlagen der Komplementäre	305
cc) Einlagen der Kommanditisten	305
dd) Gesamteigenkapital der Anleger	306
b) Bewertung, Prüfungs- und Offenlegungspflicht	306
3. Der Verein als Subjekt der Bilanzierung	307
II. Die Beteiligung an der Börsen-KG als Bilanzierungsobjekt	308
1. Die gesellschaftsrechtliche Beteiligung	308
2. Die vereinsrechtliche Beteiligung	308
a) Verein als Unternehmen	309
b) Anteil als Beteiligung	309
III. Zusammenfassung	310
C. Die steuerliche Behandlung der Börsen-KG	310
I. Die Besteuerung der KG	311
II. Die Besteuerung der Alt-Gesellschafter	311
III. Die Besteuerung des Anleger-Vereins	313
1. Die Körperschaftsteuer	313
a) Mitunternehmerstellung	313
b) Anrechnungsverfahren	314
2. Die Gewerbebeertragsteuer	315
IV. Die Besteuerung der Vereins-Mitglieder	315
1. Die Qualifikation der Einkünfte	316
2. Die Steuerpflicht bei Veräußerung	317
V. Zusammenfassung	318
7. Kapitel	
Die Publikums-KG	
	320
A. Die gesellschaftsrechtliche Organisationsstruktur der Publikums-KG	321
I. Die unmittelbare Beteiligung	322
1. Die Kollektivierung der Mitwirkungsrechte	322
a) Grundsätzliche Geltung des Mehrheitsprinzips	323
b) Kollektivierung durch ein Repräsentativorgan	323
aa) Stellung des Repräsentativorgans	324
bb) Stellung der Anleger	325
2. Der Schutz durch Publizität und Übertragung	326
a) Schutz durch Publizität	326
aa) Transparenz der Gründung	327

bb) Vertragsschluß bei Gründung	327
b) Schutz durch Übertragung	328
aa) Schutz durch außerordentliche Kündigung	329
bb) Schutz durch ordentliche Kündigung	329
3. Die vermögensrechtliche Kollektivierung der Anleger-Kommanditisten	330
4. Zwischenergebnis	330
II. Die mittelbare Beteiligung	331
1. Die gesellschaftsrechtlichen Grundlagen	331
a) Vertragliche Grundlagen der Beteiligung	331
b) Wirtschaftlicher Inhalt der Beteiligung	332
2. Die kollektive Beteiligung der Treugeber	333
a) Schuldrechtliche Sichtweise	333
b) Verbandsrechtliche Sichtweise	334
aa) Einrichtung einer Treugeber-Versammlung	334
bb) Überlagerung der Einlageverhältnisse	336
3. Die Beendigung der Beteiligung	338
a) Übertragung des Anteils	338
b) Austritt aus dem Innen-Verband	338
4. Zwischenergebnis	339
III. Zusammenfassung	340
B. Die bilanzrechtliche Behandlung der Publikums-KG	340
I. Die Publikums-KG als Bilanzierungssubjekt	341
1. Die Publikums-KG im bilanzrechtlichen Dualismus	341
a) Bewertungsvorschriften	342
b) Prüfung und Offenlegung	342
2. Der Ausweis des Eigenkapitals	344
a) Unmittelbare Beteiligung	344
b) Mittelbare Beteiligung	345
3. Die Bilanzierung des Gesellschafter-Wechsels	345
a) Unmittelbare Beteiligung	346
aa) Übertragung des Anteils	346
bb) Buchwertklausel	347
b) Mittelbare Beteiligung	348
4. Zwischenergebnis	348
II. Die Beteiligung an einer Publikums-KG als Objekt der Bilanzierung	348
1. Die Bilanzierung der unmittelbaren Beteiligung	349
2. Die Bilanzierung der mittelbaren Beteiligung	350
a) Bilanzierung der unmittelbaren Beteiligung als Teuhänder	350
aa) Einzeltreuhandverhältnisse	350
bb) Massentreuhandverhältnisse	351
b) Bilanzierung der "mittelbaren" Beteiligung	351
3. Die Bilanzierung der Beteiligungsergebnisse	352

a) Unmittelbare Beteiligung	352
b) Mittelbare Beteiligung	353
III. Zusammenfassung	353
C. Die steuerliche Behandlung der Publikums-KG	354
I. Die Besteuerung der Publikums-KG	355
1. Die Einkommensteuer	355
2. Die Gewerbe(ertrag)steuer	356
a) Fehlbetragsbeschluß des BFH	356
b) Geltung bei mittelbarer Beteiligung	357
c) Auswirkungen auf die Praxis	358
d) Kritik an der Rechtsprechung	358
aa) Erfordernis der Unternehmeridentität	359
bb) Identität der Unternehmerbegriffe	360
II. Die Besteuerung der unmittelbar beteiligten Anleger	361
1. Die Anleger als Mitunternehmer	361
a) Rechtsprechung	362
aa) Mitunternehmer-Risiko	362
bb) Mitunternehmer-Initiative	363
b) Abgrenzung Mitunternehmer versus Kapitalgeber	365
aa) Grundlagen der Abgrenzung	365
bb) Zahl der Anleger	365
cc) Übertragbarkeit der Anteile	367
2. Die Anleger als stille Gesellschafter	368
a) Kollektive versus individuelle Beteiligung	368
b) Eigenkapital versus Fremdkapital	369
3. Die Anleger als körperschaftlich Beteiligte	369
a) Anlegergesamtheit als Körperschaftsteuersubjekt	370
aa) Kollektiv als kapitalgesellschaftsrechtlicher Verband?	370
bb) Kollektiv als "Außen-Verband"?	371
cc) Kollektiv als "Innen-Verband"	371
dd) Zwischenergebnis	373
b) Anleger als Empfänger von Einkünften gem. § 20 I Nr. 1 EStG	373
III. Die Besteuerung der mittelbar beteiligten Anleger	373
IV. Zusammenfassung	374
D. Ergebnis des 3. Teils	376
E. Zusammenfassung und Ausblick	379
Literaturverzeichnis	385
Stichwortverzeichnis	428

Abkürzungsverzeichnis

A.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a.F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
AktG	Aktiengesetz
allg.	allgemein
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
AR	Aufsichtsrat
Aufl.	Auflage
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
BdF	Bundesminister der Finanzen
BewG	Bewertungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BFH/NV	Sammlung amtlich nicht veröffentlichter Entscheidungen des Bundesfinanzhofes
BFuP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Amtliche Sammlung von Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BR	Bundesrat
BR-Drucksache	Bundesrat-Drucksache
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT-Drucksache	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

bzw.	beziehungsweise
ca.	cirka
DB	Der Betrieb
DBW	Die Betriebswirtschaft
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe
Diss.	Dissertation
DJT	Deutscher Juristentag
DStJG	Deutsche Steuerjuristische Gesellschaft e.V.
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStZ	Deutsche Steuerzeitung
DStZ/A	Deutsche Steuerzeitung, Ausgabe A (bis 1979)
DZWiR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte
Einl.	Einleitung
endg.	endgültig
entspr.	entsprechend
ESTG	Einkommensteuergesetz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
e.V.	eingetragener Verein
evtl.	eventuell
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
f.	folgende
ff.	fortfolgende
FG	Finanzgericht
Fin.Arch.	Finanzarchiv
Fin.Min.	Finanzministerium
FN	Fußnote
FR	Finanzrundschau
FS	Festschrift
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
gem.	gemäß
GenG	Genossenschaftsgesetz
GewStG	Gewerbsteuergesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GrS	Großer Senat
HFA	Hauptfachausschuß des Instituts der Wirtschaftsprüfer
HGB	Handelsgesetzbuch
h.M.	herrschender Meinung
Hrsg.	Herausgeber

HStR	Handbuch des Staatsrechts (Bände I - VI)
HV	Hauptversammlung
i.d.R.	in der Regel
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
i.e.S.	im engeren Sinne
insbes.	insbesondere
i.S.	im Sinne
i.S.d.	im Sinne des
IStR	Internationales Steuerrecht
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiteren Sinne
JbFfStR	Jahrbuch der Fachanwälte für Steuerrecht
JfB	Journal für Betriebswirtschaftslehre
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KapGmaGS	Kapitalgesellschaft mit aktienähnlichen Genußscheinen
KG	Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KGmaGS	Kommanditgesellschaft mit aktienähnlichen Genußscheinen
KOM	Kommission
Komm.	Kommentar
KStG	Körperschaftsteuergesetz
m.E.	meines Erachtens
MünchKomm	Münchener Kommentar
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
PersGmaGS	Personengesellschaften mit aktienähnlichen Genußscheinen
PublG	Publizitätsgesetz
Rdn.	Randnummer
RFH	Reichsfinanzhof
RG	Reichsgesetz
RGZ	Amtliche Sammlung von Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung

RStBl	Reichssteuerblatt
S.	Seite
sog.	sogenannt
Sp.	Spalte
StbJb	Steuerberater-Jahrbuch
StBp	Die Steuerliche Betriebsprüfung
SteuerStud	Steuer und Studium
StKongrRep.	Steuerberater Kongreß Report
str.	strittig
StuW	Steuer und Wirtschaft
StVj	Steuerliche Vierteljahresschrift
TZ	Textziffer
u.	und
u.a.	unter anderem
u.ä.	und ähnliches
UmwG	Umwandlungsgesetz
UmwStG	Umwandlungssteuergesetz
u.U.	unter Umständen
v.a.	vor allem
vGA	verdeckte Gewinnausschüttung
vgl.	vergleiche
Vorbem.	Vorbemerkung
vs.	versus
VStG	Vermögensteuergesetz
VStR	Vermögensteuerrichtlinien
WiB	Wirtschaftsrechtliche Beratung
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WPg	Die Wirtschaftsprüfung
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
z.B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZfbF	Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung
ZfgK	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
z.T.	zum Teil

Einleitung

I.

1. In der Wirtschaftspraxis gibt es vielfältige Formen von Anleger-Kommanditgesellschaften. Dabei ist keineswegs nur an die Publikums-KG zu denken, die sich außerhalb der Börse über den sog. grauen Kapitalmarkt beim breiten Publikum Risikokapital beschaffen. Auch für die Kapitalbeschaffung über die Börse sind Anleger-KG entwickelt worden, die ihrem Organisationsstatut nach als eine Personengesellschaft des HGB organisiert sind. Anleger-KG i.w.S. sind ferner die großen Familiengesellschaften, bei denen es durch Erbfolge zu einer Vielzahl von rein anlageorientierten Gesellschaftern gekommen ist. Schließlich ist auch die KGaA richtiger Ansicht nach eine körperschaftlich strukturierte Publikums-Personengesellschaft und nicht, wie dies weithin angenommen wird, eine Kapitalgesellschaft. Und ergänzend ist darauf hinzuweisen, daß eine besondere, der KGaA in manchem vergleichbare Anleger-KG entsteht, wenn eine KG aktienähnliche Eigenkapital-Genußscheine emittiert.

2. Die Anleger-KG weisen im einzelnen große organisationsstrukturelle Unterschiede auf, folgen aber gleichwohl einem prinzipiell einheitlichen Organisationsmuster. Es gibt bei ihnen auf der einen Seite Gesellschafter (die Komplementäre und einzelne Kommanditisten), die wie bei einer normtypischen KG unmittelbar, individuell beteiligt sind, und auf der anderen Seite Gesellschafter (die Familienmitglieder der 2. und 3. Generation, die Massenpublikumsanleger), die - im einzelnen mehr oder weniger stark, teils faktisch, teils rechtlich - ähnlich wie bei einer Kapitalgesellschaft nur mittelbar und kollektiv beteiligt sind. Mit anderen Worten: es findet eine partielle körperschaftliche Verformung statt, die sich unmittelbar nur auf eine bestimmte Gesellschaftergruppe bezieht und sich nur mittelbar auf die Beziehungen dieser Gruppe zu den übrigen Gesellschaftern und zur Gesellschaft auswirkt. In dieser nur partiellen körperschaftlich-kapitalistischen Verformung liegt der entscheidende Grund für die Schwierigkeit, die Anleger-KG im Rahmen eines zweispurig angelegten Systems des Steuerrechts einer sachgerechten Besteuerung zu unterwerfen.

3. Das geltende zweispurige Steuerrecht trennt zwischen Mitunternehmer(gemein)schaften und Körperschaften und knüpft dabei an das Gesellschafts- und (Handels-)Bilanzrecht an, das seinerseits zwischen Personen- und Kapitalgesellschaften unterscheidet. Dieser Unterscheidung liegt die Vorstel-

lung zugrunde, daß bei einer Personengesellschaft alle Gesellschafter unmittelbar, individuell, bei einer Kapitalgesellschaft dagegen alle Gesellschafter mittelbar, kollektiv am Unternehmen vermögens-, verwaltungs- und risikomäßig beteiligt sind. Bei einem solchen zweiseitigen System ist es in der Tat schwierig, die körperschaftlich verformten Personengesellschaften und die Beteiligten einer sachgerechten Besteuerung zuzuführen. Der Umstand, daß i.d.R. nur eine partielle körperschaftliche Verformung vorliegt, steht der naheliegenden Überlegung entgegen, daß zumindest bei einer sehr starken Mediatisierung der Anlegerbeteiligung die betreffende Personengesellschaft insgesamt und umfassend einer körperschaftlichen Besteuerung unterworfen wird. Andererseits erscheint es bei solchen Personengesellschaften aber auch nicht sachgerecht, daß es hier sowohl auf der Ebene der Gesellschaft als auch auf der Ebene der Gesellschafter uneingeschränkt bei der personengesellschaftsrechtlichen Besteuerung bleibt. Sachgerecht erscheint vielmehr eine differenzierende steuerliche Behandlung, bei der für die Personengesellschaft als solche und ihre unmittelbar, individuell beteiligten Gesellschafter nur eine personengesellschaftsrechtliche Besteuerung eingreift, für die mittelbar, kollektiv beteiligten Gesellschafter dagegen ergänzend und modifizierend körperschaftsteuerliche Prinzipien zur Geltung gebracht werden.

II.

1. Die Frage, ob und inwieweit der hier ins Auge gefaßte Lösungsansatz wirklich zu einer sachgerechten steuerlichen Behandlung führt, läßt sich nur beantworten, wenn man sich zunächst über die Strukturprinzipien des zweiseitigen Systems der Besteuerung Klarheit verschafft hat. Ist dieses System von grundlegender ökonomischer und juristischer Bedeutung und sind seine prinzipiellen Unterschiede von daher unverzichtbar, so steht vor allem dies entgegen, daß man körperschaftlich verformte Personengesellschaften *insgesamt* der körperschaftlichen Besteuerung unterwirft. Der 1. Teil der Arbeit soll sich deshalb mit der Klärung dieser Grundsatzfrage beschäftigen und damit zugleich einen Beitrag zur aktuellen Diskussion um die Aufrechterhaltung oder die Überwindung des überkommenen zweiseitigen Systems leisten. Sollten die entsprechenden Untersuchungen ergeben, daß trotz vielfältiger "moderner" Forderungen an der überkommenen Zweiseitigkeit festzuhalten ist, kommt wohl nur der hier ins Auge gefaßte differenzierende Lösungsansatz in Betracht. Bei seiner Entwicklung und Konkretisierung geht es insbesondere auch um die Klärung der Frage, nach welchen Abgrenzungskriterien in Zukunft eine differenzierende steuerliche Behandlung der Anleger-KG erfolgen soll. Auf der Grundlage dieser Abgrenzungskriterien soll im 2. und 3. Teil untersucht werden, ob und wie die unterschiedlichen Erscheinungsformen körperschaft-

lich-kapitalistisch strukturierter Anleger-KG tatsächlich von dem hier ins Auge gefaßten Lösungsansatz her einer sachgerechten steuerlichen Behandlung unterworfen werden können.

2. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen steuerliche Probleme und deren Klärung. Sie werden hier - sowohl bei den Grundsatz- als auch bei den Detailproblemen - immer im Zusammenhang mit den entsprechenden gesellschafts- und (handels-)bilanzrechtlichen Problemen behandelt. Dahinter steht die - im Rahmen der Arbeit näher begründete - Auffassung, daß das Unternehmenssteuerrecht ungeachtet seiner eigenen Regelungszwecke grundsätzlich an die systemprägenden Strukturprinzipien des Gesellschafts- und Handelsrechts anknüpfen muß. Dies ist jedenfalls dann notwendig, wenn man als entscheidendes Anknüpfungskriterium für die Besteuerung die Leistungsfähigkeit ansieht und diese nach Art und Umfang der Dispositionsbefugnisse der Gesellschafter bei den jeweiligen gesellschaftsrechtlichen Beteiligungsformen bestimmt. Mit den entsprechenden Untersuchungen soll zugleich ein Grundlagenbeitrag zum dualistischen System des Gesellschafts-, Bilanz- und Steuerrechts geleistet werden. Darüber hinaus will die Arbeit der Praxis konkrete Hinweise für die sachgerechte Besteuerung von Anleger-KG geben. Die Anleger-KG sind teil-publikumsoffene Gesellschaftsformen, die in besonderer Weise geeignet sind, bestimmte Organisationsbedürfnisse der Wirtschaft zu befriedigen. Wenn es gelingt, die bestehenden Schwierigkeiten in bezug auf eine sachgerechte Besteuerung zu beseitigen, könnten die Anleger-KG noch weit mehr als bisher zu allgemein akzeptierten und verwendeten Organisationsformen werden. Notwendig ist dazu die Erkenntnis, daß die Anleger-KG trotz aller funktionsbedingten Unterschiede im einzelnen eine im Prinzip gleiche Organisationsstruktur haben, die zu einer im Prinzip gleichen, wenn auch nach der Art der jeweiligen Anlegerbeteiligung im Detail unterschiedlichen Besteuerung führen muß.